

Wirtschaftliche Stärke in einer unsicheren Welt

Beschluss des Bundesvorstandes vom 26.1.2026



Zum Jahresanfang 2026 befinden wir uns in einer stark konfliktbeladenen Welt. Russland, China und die US-Regierung sind inzwischen skrupellos bereit, das Völkerrecht zu brechen und Machtmittel rücksichtslos einzusetzen. Dabei verwenden sie auch ihre Marktmacht als Waffe: Geoökonomie ist auf dem Vormarsch und die Weltwirtschaft fragmentiert. Machtpolitik ersetzt zunehmend vereinbarte Regeln, Lieferketten werden fragiler, Rohstoffe und Schlüsseltechnologien werden strategisch instrumentalisiert. Zugleich verlagert sich Wertschöpfung in digitale, daten- und kapitalintensive Technologien, während Europa bei Skalierung, Wachstumskapital und Plattformen hinterherläuft.

Deutschland steht wirtschaftspolitisch an einem entscheidenden Punkt: Deutschlands bisheriges Erfolgsmodell mit der Kombination aus industrieller Stärke, Innovationskraft und einem leistungsfähigen Sozialstaat in einem einigen Europa hat seit längerem Risse. Diese wurden in den Vor-Corona-Jahren überdeckt, insbesondere durch Exporterfolge in ein schnell wachsendes China. Seit 2019 hat Deutschland kein strukturelles Wachstum mehr. Bereits seit der Jahrtausendwende fällt die EU gegenüber den USA bei Produktivität und Wirtschaftswachstum kontinuierlich und substantiell zurück. Gerade bei ganzen Generationen von neuen, in Europa mitentwickelten Technologien gelingt es nicht, Europa am ökonomischen Potential der Nutzung und Vermarktung zu beteiligen. Im Inland treffen Investitionsstau, Fachkräftelücken, eine lähmende Bürokratie und eine Bezahlbarkeitskrise bei Energie, Lebensmittel und Wohnen auf wachsende Verunsicherung. Die sozialen Sicherungssysteme stehen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, anhaltender Wachstumsschwäche und einer enormen Komplexität bei gleichzeitig ausbleibender Reformen und Digitalisierung zunehmend unter Druck.

Es steht viel auf dem Spiel: Eine starke und widerstandsfähige Wirtschaft ist die Grundlage für

unsere geopolitische Sicherheit, unsere Jobs und unser Einkommen. Unternehmen sind in ihren Regionen oftmals identitätsstiftend. Ohne eine entsprechende Wirtschaftskraft werden wir uns das Leben, wie wir es kennen, in Zukunft nicht mehr leisten können. In der Konsequenz ist eine starke Wirtschaft mit guten Jobs auch Grundlage für das Vertrauen der Menschen in den Staat und seine demokratischen Institutionen.

Hinzu kommt: Ein wesentlicher Teil unseres bisherigen Wachstums ist außerhalb der planetaren Grenzen entstanden, mit zu hohem Ressourcenverbrauch, Emissionen, Naturverlust und geopolitischen Risiken. Zugleich eröffnet der wirtschaftliche Aufschwung der Länder des Globalen Südens neue Chancen für globale Partnerschaften, gemeinsame Innovationen und eine stabilere Entwicklung – ein Fortschritt, den wir ausdrücklich unterstützen. Gerade deshalb brauchen Deutschland und Europa jetzt ein neues Wohlstandsmodell: ökologisch und klimaneutral, widerstandsfähig, innovationsgetrieben und so gestaltet, dass Veränderung gute Arbeit sichert und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt – eine echte sozial-ökologische Marktwirtschaft.

Die Bundesregierung unter Merz, Reiche und Klingbeil verfolgt stattdessen eine fatale, rückwärtsgewandete Wirtschaftspolitik. Anstatt die deutsche Wirtschaft entschlossen für die neuen Herausforderungen fit zu machen, bremsen sie die begonnenen Modernisierungsprozesse in der Wirtschaft aus. Die Energiewende wird abgewürgt, das Sondervermögen für Steuergeschenke zweckentfremdet und europäische Einigkeit durch nationale Alleingänge in Frage gestellt. So verzögern Merz, Reiche und Klingbeil die Erholung und verlängern die Rezession.

Grüne Wirtschaftspolitik vereint Innovation, Unabhängigkeit und Nachhaltigkeit. Das Paradebeispiel dafür ist die Energieversorgung. Wer denkt, dass wir mit fossilen Energien langfristig

erfolgreich sein könnten, hätte eigentlich bereits seit dem russischen Angriffskrieg eines Besseren belehrt sein können. Aber spätestens der ressourcengetriebene, rücksichtslose fossile Imperialismus von Trump beweist, dass nur die erneuerbaren Energien eine unabhängige, günstige und sichere Energieversorgung für Europa gewährleisten können. Die Erneuerbaren sind in dieser Zeit Freiheits- und Friedenssenergien.

Deutschland und Europa können und sollten von Erfahrungen anderer Wirtschaftsräume lernen. Andere Länder zeigen auf, wie aktive Industriepolitik durch konsequente Koordination öffentlicher Akteure und zielgerichtete Orchestrierung privater Akteure in Umbruchsituationen schnell und nachhaltig wirksam wird: Japan ist mit einer konsequenten Robotisierungs- und Automatisierungsstrategie dem Demografie- und Produktivitätsdruck begegnet; China hat mit „Made in China 2025“ und massiver Förderung entlang strategischer Wertschöpfungsketten (u.a. Halbleiter) gezielt technologisch aufgeholt; die USA haben mit „Operation Warp Speed“ staatliche Koordination, Abnahmegarantien und private Umsetzung kombiniert – und mit dem „CHIPS and Science Act“ und dem Inflation Reduction Act gezielt Investitionen in Schlüsseltechnologien mobilisiert. Gemeinsam ist diesen Ansätzen: klare Missionen, gebündelte Zuständigkeiten, Planungssicherheit und die Ausrichtung darauf, mit einem Minimum staatlicher Mittel ein Maximum privater Mittel als zielgerichtete Investitionen zu hebeln. Deutschland hat schon oft unter hohem politischen und wirtschaftlichen Druck bewiesen, dass es sein Wirtschaftsmodell neu justieren und die eigene Wettbewerbsfähigkeit erneuern kann. Deutschland kann auch aus den aktuellen Herausforderungen mit einer innovativeren, unabhängigeren und nachhaltigeren Wirtschaft hervorgehen – wenn wir schnell, entschlossen und europäisch handeln!

Für eine starke Wirtschaft in schwierigen Zeiten schlagen wir acht zentrale Handlungsfelder und passende Sofortmaßnahmen vor:

1. Eine unabhängige und widerstandsfähige Rohstoffversorgung für Europa sichern.

Abhängigkeiten in kritischen Bereichen sind ein großes wirtschaftliches Risiko und eine geopolitische Schwachstelle, wenn globale Märkte ausfallen oder politisch instrumentalisiert werden. Die Verfügbarkeit kritischer Technologien (z.B. Batterien), Produkte (z.B. Chips), Systeme (z.B. Defence), Infrastrukturen (z.B. Clouds) und Rohstoffe (z.B. seltene Erden) müssen entlang der gesamten Wertschöpfungskette europäisch abgesichert werden. Dafür braucht es einen gezielten und strategischen Aufbau europäischer Kapazitäten in kritischen Bereichen, Diversifizierung von Lieferketten, nachhaltiger Rohstoffabbau und Weiterverarbeitung in Europa, gemeinsame europäische Beschaffung und Rohstoffpartnerschaften, die in den gemeinsamen Projekten die Einhaltung von Arbeitnehmerrechten und des Umweltschutzes garantieren.

Die Kreislaufwirtschaft stärkt die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit, weil sie Rohstoffabhängigkeiten reduziert: Mehr Wiederverwendung und Recycling schaffen heimische Materialkreisläufe und puffern Preisschocks, Lieferausfälle und geopolitische Risiken ab. Damit die Kreislaufwirtschaft diese enormen Potentiale entfalten kann, braucht sie die richtigen regulatorischen und ökonomischen Rahmenbedingungen, eine gute Finanzierung ihrer Infrastruktur, mehr Materialstandardisierung und gleiche Wettbewerbsbedingungen für recyceltes Material. Dafür braucht es weitreichende rechtliche Erleichterungen. Außerdem sollten die abfallwirtschaftlichen Kompetenzen der Kommunen so gestaltet werden, dass insbesondere auch gewerbliche Abfälle besser vermieden, sortiert und wiederverwendet werden und Anreize für die Verbrennung wiederverwendbarer Rohstoffe wegfallen.

Außerdem muss ein Reliable Trade Compact aufgebaut werden, in dem Abnehmer- und rohstoffreiche Länder den Abbau und die Weiterverarbeitung von

Rohstoffen durch verbindliche Abnahmeverträge, Investitionen vor Ort und Transparenz dauerhaft vor geopolitischer Instrumentalisierung schützen. Ziel ist ein regelbasierter, verlässlicher Handel mit mehr Wertschöpfung und ökologisch-sozialen Standards in Förderländern und größerer Planungssicherheit für Abnehmer.

Sofortmaßnahme: Die EU-Mitgliedstaaten müssen gemeinschaftlich eine strategische Reserve an kritischen Rohstoffen aufbauen, um widerstandsfähiger gegen Erpressungsversuche und Lieferengpässe zu werden.

2. Den europäischen Binnenmarkt vollenden und vertiefen.

Damit Europa insgesamt wieder wettbewerbsfähig und wirtschaftlich stark wird, muss der EU-Binnenmarkt vollendet und vertieft werden. Enrico Letta und Mario Draghi haben in ihren Berichten klare Reformvorschläge gemacht. Diese müssen nun endlich durch eine neue EU-Wachstumsagenda umgesetzt werden. Ziel muss es sein, dass Unternehmen künftig ihre Produkte und Dienstleistungen europaweit schnell und einfach nach einheitlichen Standards auf den Markt bringen können.

Sofortmaßnahme: Ein Produkt soll künftig nur noch eine europäische Zulassung benötigen und dabei einem einheitlichen europäischen Standard entsprechen, der in der gesamten EU gilt.

3. Internationale Handelsverträge voranbringen und Europas Unternehmen wirksamer vor unfaire Konkurrenz schützen.

Wir brauchen neue wirtschaftliche Partnerschaften, um unseren Außenhandel zu diversifizieren. Deswegen ist es wichtig, das Abkommen mit den Mercosurstaaten in die vorläufige Anwendung zu bringen und dann zu ratifizieren. Außerdem sollte die EU ein neues plurinationales Handelsabkommen auf den Weg bringen, das faire Handelsbeziehungen mit hohen Standards zum gegenseitigen Vorteil ermöglicht. Vorbild kann das Abkommen über Klimawandel, Handel und Nachhaltigkeit (ACCTS) sein, dem sich die EU anschließen sollte. Zweitens braucht es ein Handelsabkommen mit Indien und auch mit den Mitgliedstaaten des Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP). Drittens sollte die EU neue bilaterale Handelsabkommen für bestimmte Waren und Dienstleistungen abschließen, um schnelle Verhandlungserfolge zu erzielen.

Außerdem müssen wir den EU-Binnenmarkt wirksamer gegen unfaire Handelspraktiken verteidigen. Das beginnt bei schnellerem Schutz gegen Dumping und subventionsgetriebene Importschübe: Trade-Defence-Instrumente müssen früher greifen, vorläufige Maßnahmen schneller möglich sein, und Überkapazitäten als strategisches Problem systematisch berücksichtigt werden – damit nicht erst gehandelt wird, wenn ganze Branchen bereits kippen. Vor allem strategische Technologieunternehmen sind schutzbedürftig. Chinesische Investitionen in strategische Sektoren sollten grundsätzlich an Joint-Venture-Modelle mit europäischen Partnern geknüpft werden.

Europa muss in kritischen Bereichen stärker auf Local-Content-Regeln, beschleunigte Genehmigungsprozesse von Modernisierungsmaßnahmen und europäische Leitmärkte für CO2-arme Produkte setzen – der Industrial Accelerator Act bietet

dafür eine große Chance. Öffentliche Vergabe und große Leitmärkte sollen so gestaltet werden, dass europäische Wertschöpfung, faire Löhne, Standards und zuverlässige Lieferketten nicht von Anbietern verdrängt werden, die zuhause abgeschottet sind oder durch massive Staatsbeihilfen künstlich billig anbieten. Staatseigene Unternehmen wie die Deutsche Bahn müssen hier Vorreiter sein, etwa bei der Verwendung „grünen“ Stahls. Das ist kein willkürlicher Protektionismus, sondern eine Schutzlinie dort, wo Marktverzerrung systematisch ist.

Sofortmaßnahme: Die staatliche E-Auto-Förderung darf nur für Autos ausgezahlt werden, die größtenteils in Europa produziert wurden.

4. Europas Schlüsselindustrien modernisieren.

Automobilindustrie, Maschinen- und Anlagenbau, Stahl und Chemie stehen vor der doppelten Herausforderung, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und zugleich klimaneutral zu werden. Angesichts der Kräfteverhältnisse gegenüber den Wettbewerbern in China und den USA und der Größenordnung der notwendigen Investitionen kann dies, mit Aussicht auf langfristigen Erfolg, nur gelingen, wenn alle Kräfte auf europäischer Ebene gebündelt werden. Dafür braucht es eine aktive europäische Technologie- und Industriepolitik, die industriespezifische Modernisierungspfade zwischen privaten und staatlichen Akteuren abstimmt und die Energieversorgung, regulatorische und administrative Rahmenbedingungen sowie Infrastrukturscheidungen binnenmarktkonform koordiniert zusammenführt. Mit 27 nationalen Industriepolitiken kann Europa global nicht mehr erfolgreich sein. In Zukunftssektoren müssen wir unsere Ressourcen bündeln und dabei sicherstellen, dass Unternehmen aller teilnehmenden Mitgliedstaaten entsprechend ihrer eingebrachten Ressourcen profitieren. Der Staat schafft Infrastruktur, Einfachheit, Tempo und Klarheit – Unternehmen innovieren, entwickeln, investieren und skalieren neue Verfahren.

Flankierend braucht es verlässliche Investitionsabsicherung und EU-weite Leitmärkte für klimaneutrale Produkte, die Nachfrage planbar machen. Der verschleppte Hochlauf der Wasserstoffnutzung in der Industrie erfordert eine Anpassung der Vorgaben bei den Klimaschutzverträgen und eine Flexibilisierung der EU-Regeln.

Kernhebel für Tempo und Wettbewerbsfähigkeit ist eine starke und moderne Elektroindustrie und eine Energiewende, die Kosten senkt. Erneuerbarer Strom wird im System zunehmend zur günstigsten Energiequelle – wenn wir ihn nicht ausbremsen, sondern besser und günstiger nutzen. Das heißt: weniger Abregelung, mehr Flexibilität (Lastmanagement), Speicher und ein Netzentgelt- und Marktdesign, das netzdienliches Verhalten belohnt. Dazu gehören schnellere Anschlüsse, bessere Nutzung von lokal erzeugtem Strom (z.B. Energy Sharing) und ein schnellerer Ausbau von Solar- und Windenergie sowie Ausbau, Digitalisierung und bessere Nutzung von Netzen, damit günstiger Strom dort ankommt, wo Industrie investiert. Das Wasserstoffkernnetz muss zügig und bedarfsoorientiert aufgebaut werden, die Erzeugung von grünem Wasserstoff muss verlässlich skaliert werden. Künstliche Intelligenz erfordert einen massiven Ausbau von Rechenzentren und entsprechender Energieversorgung. Alle staatliche Unterstützung für energieintensive Branchen muss entsprechend auf KI-relevante Bereiche ausgeweitet werden.

Sofortmaßnahme: Europa muss seine industriellen Kräfte bündeln und neue europäische Innovationsführer und Champions schaffen, die global relevant sind – so wie dies mit Airbus in der Luft- und Raumfahrt gelungen ist. Dafür braucht es One-Stop-Shops für Schlüsselindustrien auf europäischer Ebene, in denen die nationalen Finanzmittel und Prozesse koordiniert werden.

5. Den Wohlstand von morgen durch neue Technologien sichern

Viele der entscheidenden Wachstumsmärkte der kommenden Jahrzehnte entstehen gerade: (Humanoid-) Robotik, Quantencomputing, industrielle Künstliche Intelligenz, digitale Industrieanwendungen und viele Bereiche der Bio- und Medizintechnologie.

Europa ist in der Grundlagenforschung stark verloren, aber häufig dort, wo Innovationen skaliert und zu globalen Marktführern werden. Es muss die Fähigkeit zurückgewinnen, das ökonomische Potenzial technologischer Innovationen zu erkennen, sie erfolgreich zu skalieren und an Ihnen angemessen zu partizipieren. Dazu brauchen besonders Zukunftstechnologien einen funktionierenden, vollendeten europäischen Binnenmarkt mit einer einheitlichen, ermöglichen Regulierung und europäischen Aufsichtsbehörden. Ein zentrales Instrument dafür sind europaweite strategische Partnerschaften europäischer Unternehmen mit staatlicher Unterstützung in priorisierten Technologiefeldern – etwa bei KI (fokussiert auf Grundmodelle, Applikationen, Services, Equipment, Adaptionen in Industriesektoren), Halbleitern, Quanten- und Kommunikationstechnologien, Batterien, Robotik sowie Bio- und Medizintechnologie.

Solche Partnerschaften bündeln Forschung, Talent, Standards und Investitionen und schaffen den Rahmen, in dem Pilotprojekte schnell zu skalierbaren Anwendungen werden. Staatliche Nachfrage kann als Anschub für neue Technologien und schnelle Genehmigungen für Pilot-, Demonstrations- und Skalierungsprojekte entscheidend sein. Die Bundesländer müssen dafür endlich den IP-Transfer massiv beschleunigen.

Sofortmaßnahme: Die EU-Kommission muss mithilfe neuer Eigenmittel den Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) verstärken und damit die Finanzierung der europäischen Infrastruktur in den Bereichen Forschung, Innovation und neuer Technologien massiv erhöhen. Digitalkonzerne müssen in Europa künftig fair Steuern bezahlen.

6. Einen einheitlichen europäischen Kapitalmarkt schaffen.

Die Aufhol- und Aufbauleistung um die ökonomische Nutzung neuer Technologien in Europa und die Erneuerung der vorhandenen industriellen Landschaft verlangen jeweils gewaltige Summen privater und staatlicher Investitionen. Um staatliche Mittel aufzubringen, brauchen wir neue Instrumente auf europäischer Ebene und gleichzeitig harte Priorisierung in vorhandenen Haushalten.

Die Aufbringung der um ein Vielfaches größeren privaten Mittel bedarf tieferer und besser integrierter Kapitalmärkte als diese derzeit in Europa vorhanden sind. Denn trotz der gemeinsamen Währung orientieren sich die Kapitalmärkte der EU-Mitgliedstaaten häufig noch an nationalen Staatsgrenzen. Die uneinheitliche Regulierung und Aufsicht hemmen Investitionen aus dem Ausland und schränkt Finanzierungsmöglichkeiten für in der EU ansässige Konzerne ein. Daher muss die Kapitalmarkt- und Bankenunion rasch vollendet und eine starke europäische Kapitalmarktaufsicht geschaffen werden.

Besondere Bedeutung hat die quantitative und qualitative Stärkung des europäischen Marktes für Risikokapital und des Marktes für Skalierungskapital. Großes Nachholpotential gegenüber den USA hat der europäische Kapitalmarkt bei der Stärkung von Elementen kapitalgedeckte Alterssicherung von Individuen und Unternehmen, die kostengünstig den Zugang zu ertragreichen Kapitaleinkommen verbreitern.

Sofortmaßnahme: Die EU-Kommission muss eine europäische Rechtsform (EU Inc) einführen, die sich sowohl für Start-Ups und Unternehmen in der Wachstumsphase bis zum Börsengang eignet als auch nicht-exit-orientierte Unternehmen unterstützt und ihnen allen ein grenzüberschreitendes, einheitliches rechtliches Umfeld bietet.

7. Den Staat in Deutschland schneller und digitaler gestalten.

Deutschland braucht ein Update. Wir müssen unsere öffentliche Verwaltung konsequent modernisieren, digitalisieren und an den Bedürfnissen der Menschen und der Unternehmen ausrichten.

Zentral für diese Verbesserungen ist eine Reform des Föderalismus und eine Vertiefung der föderalen Modernisierungsagenda. Die Aufgaben und Rollen sollen an entscheidenden Stellen in unserem föderalen Staat neu verteilt, gebündelt und auch klarer gestaltet werden. Gerade bei der Digitalisierung erwarten die Bürger*innen bundeseinheitliche Lösungen auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung.

Gezielter Bürokratieabbau ist nötig. Wir benötigen daher Praxischecks mit den betroffenen Unternehmen, Interessenträgern und Verwaltungen über die föderalen Ebenen hinweg. Wir haben im Bereich des Ausbaus erneuerbarer Energien gezeigt, welches Potential für einen effektiven Staat hier schlummert. Wir wollen das Instrument der Praxischecks auf alle bürokratieintensiven Bereiche ausrollen. Durch konsequente Umsetzung des Once-Only-Prinzips sollen zentrale öffentliche Dienstleistungen an einer Stelle gebündelt werden und Daten nur einmal eingereicht werden müssen.

Der deutsche Sozialstaat muss verbessert, weiterentwickelt und digitalisiert werden. Der Anspruch muss sein, die Verfügbarkeit, Zielgenauigkeit und Wirksamkeit der Maßnahmen zu verbessern, die Anreize für die Teilnahme am Arbeitsmarkt deutlich zu verbessern, Missbrauch zu vermeiden und den Anstieg der Gesamtlast der Lohnnebenkosten zu begrenzen.

In der Reform des öffentlichen Dienstes und in der Reform des Beamtenrechts sehen wir große Chancen. Die motivierten Beschäftigten in den Behörden sollen durch mehr Freiräume, moderne Technik und eine offene Innovationskultur entlastet wer-

den und effizienter arbeiten können. Dafür setzen wir auf Automatisierung, KI und digitale Kompetenzen sowie leistungsorientierte Entlohnung.

Außerdem sehen wir ein zentrales Handlungsfeld im Bereich des Bauens: Um Baukosten signifikant zu senken und modulares und serielles Bauen, Nutzung und Aufstockung zu erleichtern, muss das Baurecht stark vereinfacht werden. Überzogene technische Normen müssen überprüft, Verfahren digitalisiert und bundesweit angeglichen werden. Übertriebene Anforderungen an bauliche Standards sind auf das für die jeweilige Nutzung zwingend notwendige Maß zurückzuführen. Auch unnötige Kosten durch überzogene Notarfpflichten, technische Normen und Regeln der Berufsgenossenschaften wollen wir angehen. Dabei behalten wir die Anforderungen an einen klimaneutralen Gebäudebestand fest im Blick.

Sofortmaßnahme: Die Bundesregierung muss eine Deutschland-App einführen, in der schrittweise alle staatlichen Verwaltungsangebote und Leistungen sicher, unkompliziert und anwendungsfreundlich zur Verfügung stehen.

8. Das Wettbewerbsrecht stärken.

Die stark gestiegenen Preise für Energie, Wohnen und Mobilität zeigen: Gerade in Krisen sorgen Märkte nicht automatisch für faire Ergebnisse. Wenn sich die Menschen Wohnen, Heizen und Lebensmittel nicht mehr leisten können, verlieren sie das Vertrauen in den Staat und unsere Demokratie. Wir setzen dem eine Politik für ein gutes Leben und wirtschaftliche Perspektiven entgegen: Gute Bildung, Aus- und Weiterbildung sowie bezahlbare Energie, Wohnungen und Lebensmittel sind dafür zentral.

Um dies zu gewährleisten, braucht es staatliches Handeln und eine starke Wettbewerbspolitik, die konsequent gegen Kartelle, Preisabsprachen und verfestigte Marktmacht vorgeht. Wo wenige Anbieter den Markt dominieren, entstehen hohe

Preise, schlechtere Leistungen und Frust. Klare Verbraucher- und Transparenzregeln – etwa verständliche Preise, faire Verträge und das Verbot irreführender Gebühren – stärken den Wettbewerb. In schweren Krisen können zeitlich begrenzte Preisbremsen bei Energie und Mieten zusätzlich stabilisieren.

Sofortmaßnahme: Das Bundeskartellamt und die EU-Kommission brauchen zusätzliche Rechte und Ressourcen, um effektiv Wettbewerbspolitik in Märkten zu betreiben, die von ausländischen Anbietern mit unfairen Wettbewerbsvorteilen dominiert werden.